

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Zugpreis: 2.50 Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.50 M.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Zeitzeile oder deren Raum für Geisenheim
35 &, auswärtiger Preis 40 &. Reklamezeile 100 &. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 143.

Dienstag den 7. Dezember 1920.

20. Jahrgang.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 3. Dezember.

Bei schwach besetztem Hause hält zunächst der Abg. Reid (U. S. r.) eine heftige Angriffsrede zum Etat des Ministeriums des Innern, dann folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die Wahlen zum Preussischen Landtag.

Nach dem Entwurf sind Wähler zum Landtag alle über 20 Jahre alten reichsdeutschen Männer und Frauen, die in Preußen wohnen. Auf 50 000 abgegebenen Stimmen entfällt ein Abgeordneter. Für die Soldaten ruht das Wahlrecht. Nach kurzer Aussprache wird das Gesetz unter Ablehnung verschiedener Änderungsanträge in zweiter Lesung angenommen. Desgleichen der Entwurf über die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen.

Mit einer blutigen Rede des Abg. Dörmann (U. S. l.) wird die Etatsberatung wieder aufgenommen. Als der Redner das Vorgehen der Regierung gegen Orgesch damit begründet, daß sie andernfalls nicht noch schärfer gegen die kommunistischen Organisationen vorgehen könnte, ergreift der Minister des Innern noch einmal das Wort zu einer längeren Entgegnung. Er stellt fest, daß er jederzeit gegen rechts und links mit gleicher Schärfe eingreife. Wenn er sich im Augenblick mit ganzer Kraft gegen die ordnungstörenden Organisationen wende, die sich unter dem Namen Selbstschutz bilden, so geschehe das, weil er die Gefahr dieser Organisationen für viel schwerwiegender halte, als die etwa zu erwartenden kommunistischen Ausschreitungen.

Der nächste Redner, Abg. v. d. Osten (Dnt.) kann die Ansicht des Ministers nicht teilen, daß die kommunistische Gefahr im Augenblick nicht ernst zu nehmen ist. Der Redner erhebt schwere Vorwürfe gegen die Absetzung bewährter Beamten. Obwohl die Untersuchung über den Kapp-Putsch keine greifbaren Ergebnisse erzielt hat, hat man zahlreiche tüchtige Beamte ihres Postens enthoben.

Minister Severino antwortet dem Redner mit Schärfe. Bei seinen Worten kommt es zu einer heftigen Erregung auf der rechten Seite. Er erklärt sämtliche Selbstschutzorganisationen, sowohl von rechts als von links, für ungeheuerlich. Es wird gegen sie mit aller Schärfe vorgegangen werden. Sie seien eine ständige Gefahr für die deutsche Arbeiterklasse, des Volkstums der Deutschland im November 1918 vor dem Unheil gerettet habe. Auf Denunziationen rechtsstehender Blätter gebe er nichts.

Abg. Richter-Neumühlen (Soz.) wendet sich gegen die Orgesch. Wie diese Organisation bestehen, dann werden auch von sozialistischer Seite Organisationen errichtet werden, um das Bestehen der Republik zu sichern. Redner fordert ferner die Durchsetzung der Beamtenkörper mit Sozialisten, die Rechte wende sich nur aus Gründen strenger Notwendigkeit dagegen.

Die Debatte, die teilweise noch sehr erregt wird, zieht sich bis in die späten Abendstunden hin und wird schließlich abgebrochen.

— Berlin, 4. Dezember.

Haushalt des Ministeriums des Innern.

Die schwache Besetzung des Hauses veranlaßt den Vizepräsidenten Vorschlag vor Eintritt in die Staatsberatung zunächst einige Anträge zur Debatte zu stellen. Ein Antrag über die Wahlen zum Staatsrat wird dem Verfassungsausschuß überwiesen. Der Antrag Siering (Soz.) auf Annahme eines Entwurfes über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen wird gleichfalls dem Verfassungsausschuß überwiesen. Ein weiterer Antrag Siering über die Erhöhung der preussischen Stimmen im Reichsrat wird einstimmig angenommen. Hierauf legt das Haus die zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern fort.

Abg. Ludwig (U. S. r.): Die Organisationen der Sicherheitspolizei sind nach dem Schema der Spitzelorganisationen eingerichtet. Daß die Nachrichtenstellen angelegt seien, ist unwahr. Die Kampfsache der Deutschen nehmen wir bereitwillig auf.

Abg. Stendel (D. Sp.) bezeichnet das Orgeschverbot als ungesetzliche Maßnahme. Solange wir Ausnahmestände haben, sind wir auf Selbstschutzorganisationen angewiesen. Der Minister sollte für einen gesunden Erlass sorgen.

Abg. Tegenhardt (Dem.): Für die Begründung der Orgesch werden sich auch juristische Gründe beibringen lassen. (Unruhe rechts.) Wir verlangen die allmähliche Bildung einer Schutztruppe, die auf Tod und Verderben mit dem Freistaat Preußen verbunden ist.

Minister des Innern Severino: Die Arbeitsfreudigkeit zu heben wird meine vornehmste Aufgabe sein. Der Reichsminister für Ernährung hat die Aufgabe erteilt, genügend Kartoffeln ins Ruhrrevier zu schicken. Gegen Saboteure wird die Gewalt des Staates mit ganzer Strenge eingesetzt. Wenn das Ruhrrevier, gegenwärtig das Herz Deutschlands, aufhört zu schlagen, sind wir als Volk und Staat erledigt. Bei der Auffstellung der 40 000 Mann starken Truppe, die hoffentlich sehr bald auf 65 000 Mann gebracht wird, konnten wir nicht jeden Mann und jeden Offizier auf Herz und Nieren prüfen. Wir haben aber den festen Willen, aus der Sicherheitspolizei eine einwandfrei verfassungstreue Truppe zu machen.

Das Gehalt des Ministers wird gegen Rechte und Unabhängige bewilligt, im übrigen der Etat nach dem Ausschussantrag angenommen.

Mittelstandsanal.

Es folgt die zweite und dritte Beratung des Entwurfes, betreffend die Vollendung des Mittelstandsanals und der durch sie bedingten Ergänzungsarbeiten an vorhandenen Wasserstraßen. Der Ausschuss hat sich für die sogenannte Mittellinie entschieden. Das Projekt erfordert insgesamt einen Betrag von 306 040 000 Mark.

Nach längerer Debatte wird der Entwurf in zweiter und anschließend in dritter Lesung einstimmig angenommen, desgleichen der Entwurf über die Verbesserung der Oberwasserstraße unterhalb Breslau, sowie der Entwurf über die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den Schleppbetrieb auf dem Rhein-Weserkanal und Elbepkanal.

Mittag 12 Uhr: Haushalt des Finanzministeriums.

Gebt für Oberschlesien!

Aufruf der Reichsregierung zur Grenzspende.

Reichspräsident Ebert und Reichskanzler Brüning haben folgenden Aufruf zur Grenzspende erlassen:

„Der Tag der Abstimmung über Oberschlesien naht heran. Allen Oberschlesiern muß die Beteiligung an der Wahl ermöglicht werden. Große Mittel sind dazu erforderlich. Noch einmal ergeht der Ruf an die freiwillige Treuebereitschaft, damit durch die Hilfe aller deutschen Land und dem Deutschen Reich erhalten bleibt. An der Opferbereitschaft des deutschen Volkes mögen die Oberschlesier erkennen, daß das Vaterland an ihnen hängt. Sie mögen daraus neuen Mut zu neuem Beharren schöpfen. Um so einmütiger werden sie ihre Stimmen für das Deutsche Reich abgeben, je sichtbar hinter ihnen der Wille des deutschen Volkes steht. Der Ausdruck des Willens ist die Tat. Zu solcher Tat bietet die Sammlung zur Grenzspende Gelegenheit. Keiner darf fehlen, wo es gilt, der Heimat die Treue zu beweisen.“

Der Aufruf der Reichsregierung muß in allen Teilen des Reiches den Opfergeist der Bevölkerung für Oberschlesien wecken. Gilt es doch, der Oberschlesischen Grenzspende die großen Summen zuzuführen, deren sie zum erfolgreichen Abstimmungskampf bedarf. Dreihunderttausend in allen Teilen des Reiches lebenden gebürtigen Oberschlesiern muß die Reise in die Heimat ermöglicht werden, um am Abstimmungstage in ihrem Geburtsort ihr Stimmrecht ausüben zu können. Für die Reise, die Unterbringung und Verpflegung, sowie die Rückbeförderung der Hunderttausende werden ungeheure Mittel benötigt. Nach dem Friedensvertrag darf das Reich die Mittel hierfür nicht liefern. Da heißt es für jeden von uns: Greift in die Tasche und tragt durch euer Scherflein für die Erhaltung Oberschlesiens nach Kräften bei!

Die Abstimmung in Köln.

Ein Protest der Oberschlesier gegen die getrennte Abstimmung.

Der Ententevorsatz, die Abstimmung der Reichsoberschlesier in Köln stattfinden zu lassen, hat im ganzen Reich einen Proteststurm hervorgerufen. Der Reichsregierung sind zahlreiche Drähtungen von Abstimmungsberechtigten aus Oberschlesien und aus den Gemeinden des Reiches zugegangen, in denen gegen die Vorschläge der Entente scharfster Einspruch erhoben wird.

Der Verband der heimattreuen Oberschlesier hat an den Auswärtigen Amt ein Protesttelegramm gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Die heute in Katowitz versammelten Kreisleiter des Verbandes heimattreuer Oberschlesier erheben im Auftrage von mehreren Hunderttausend ihrer Mitglieder den scharfsten Protest gegen jeden Versuch, den außerhalb des Abstimmungsgebietes wohnenden gebürtigen Oberschlesier die volle Auswirkung des Stimmrechtes irgendwie zu beschränken. Der Friedensvertrag spricht es ausdrücklich aus, daß jeder gebürtige Oberschlesier, der nicht im Abstimmungsgebiet wohnt, an seinem Geburtsort abstimmen hat, und läßt keinen Zweifel darüber, daß das Stimmrecht aller Abstimmungsberechtigten ein völlig gleichartiges ist. Wir fordern deshalb, daß unsere Brüder im Reich und im Ausland am gleichen Tage mit uns in Oberschlesien abstimmen. Es ist Pflicht der Entente, die polnischen Drohungen zu zunichte zu machen und für eine ruhige Abstimmung zu sorgen. Wir bitten auf das eindringlichste, den Boden des Friedensvertrages in dieser Angelegenheit nicht um Haarebreite zu verlassen.“

Die ober-schlesische Presse bezeichnet die in

der Note enthaltene Zumutung als eine zur Zeit für das Land nachteilige Verringerung des Friedensvertrages. Sie fordert die Regierung auf, die Note abzulehnen. Auch die Presse des Reichs beschäftigt sich eingehend mit der ober-schlesischen Note. Allgemein wird die zeitlich und räumlich getrennte Abstimmung der Oberschlesier als offensichtliche Verletzung des Versailles-Vertrages abgelehnt, die nur den Sinn haben könnte, die Deutschen zu schädigen.

Eine Kabinettsitzung über die Ententennote hat noch nicht stattgefunden, doch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Reichsregierung niemals in eine Verringerung der Bestimmungen des Friedensvertrages einwilligen wird und daß sie jeden Vorschlag, der eine zeitliche oder räumliche Trennung der beiden Gruppen der Abstimmungsberechtigten in irgend einer Form herbeiführen könnte, ganz entschieden ablehnen wird.

Der Abg. Frhr. v. Rheinbaben (D. Sp.) hat eine dringende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, ob sie gewillt ist, die Vorschläge der britischen, französischen und italienischen Regierung abzulehnen, an dem klaren und unzweideutigen Wortlaut des Artikels 88 des Friedensvertrages festzuhalten und jede andere Abstimmung als erneute Vergewaltigung und für Deutschland nicht bindend zu erklären.

Die Viehforderungen der Entente

30 000 tragende Kühe in den nächsten 6 Monaten.

Wie aus dem Wiederaufbauministerium mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen in Paris über die Viehablieferungen nunmehr abgeschlossen. Es war unmöglich, die Wiedergutmachungskommission zu einer Herabsetzung der Gesamtforderungen zu veranlassen, dagegen erklärte sich die Entente bezüglich der Lieferungsfristen zu einigen Zugeständnissen bereit.

Nach den Bestimmungen des neuen Viehabkommens liefert Deutschland in den nächsten sechs Monaten 60 000 Stiere, Zugschaf und junge Binder und 30 000 tragende Kühe und Färsen. In der gleichen Zeit liefert Deutschland 125 000 Schafe und 30 000 Pferde. Dazu kommen Lieferungen an Geflügel, Ziegen und Schweine.

Die Gesamtforderungen der Entente.

Die Gesamtansprüche auf Grund des Versailler Vertrages lauten auf 150 000 Pferde, auf 880 000 Rinder, davon 640 000 Kühe und tragende Färsen. Außerdem werden gefordert rund 900 000 Schafe, 25 000 Ziegen, 1 1/2 Millionen Stück Geflügel, 15 000 Schweine und 200 000 Kaninchen.

Nach den jetzt getroffenen Vereinbarungen liefert die deutsche Regierung das angeforderte Geflügel in drei bis vier Jahren, die Ziegen in drei Jahren und die Schweine ebenfalls in drei Jahren. Die Ablieferung erfolgt jedesmal in gleichen Mengen, ist aber von den in Deutschland herrschenden Epidemien und Seuchen abhängig.

Von deutscher Seite ist darauf hingewiesen worden, daß man unter allen Umständen bemüht sein wird, die Fristen einzuhalten und gesunde Tiere zu normaler Beschaffenheit zu liefern. Es muß aber Alter, Gewicht, Leistungsfähigkeit und die Durchschnittsqualität des deutschen Viehes sowie der Zuchtstand berücksichtigt werden. Die Entente hat sich verpflichtet, vor Ablauf der sechs Monate neue Entscheidungen über weitere Mengen von Rindern, Pferden und Schafen, die geliefert werden müssen, zu treffen und sich hierbei vorläufig alle Rechte über die Festlegung der Mengen vorbehalten.

Die Verhandlungen waren, wie halbamtlich mitgeteilt wird, außerordentlich schwierig, aber die deutsche Delegation glaubt, daß sie das bestmögliche Ergebnis erreicht habe. Vorläufig habe man für die nächsten sechs Monate ein Resultat erzielt, das Deutschland erfüllen kann, ohne „äußersten Schaden“ zu erleiden. Immerhin stellt die Erfüllung dieser Viehforderungen in wirtschaftlicher und ernährungspolitischer Hinsicht eine nahezu unerträgliche Belastung für das deutsche Volk dar, die auch durch Verschiebung der Lieferfristen gegenüber den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht wesentlich gemildert wird.

Die deutsche Zuckererzeugung.

Ansicht auf erhöhte Zuckerauslieferung?

Nach einer Umfrage des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie, Abteilung der Rohzuckerfabriken, sind in diesem Jahre 260 Fabriken in Betrieb mit einer voraussichtlichen Rohzuckerherstellung von 72 Millionen Doppelzentner gegenüber nur 50 Millionen im Vorjahre. Die Zuckerauslieferung wird voraussichtlich 11,50 Millionen Doppelzentner gegenüber 7,18 Millionen Doppelzentner im Vorjahre ergeben. Das Mehr beträgt also bei der Rube 46 Prozent und beim Ruder 57 Prozent. Die Ausbeute der Zuckerrüben schwankte von 207 Doppelzentnern in Pommern bis zu 315 Doppelzentnern in Hessen und betrug im Durchschnitt 218 Doppelzentner. Die Ausbeute der Zuckerrüben schwankte

von 12,8 Prozent im Rheintal bis zu 18,6 in Anhalt und betrug im Durchschnitt 15,9 Prozent.

Zu diesem Bericht des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie sei folgendes bemerkt: So erfreulich das Ergebnis erscheint, so ist doch zu berücksichtigen, daß dieselbe gegenüber der früheren Zuckerproduktion weit zurücksteht. Im Vorkriegsjahre 1913/14 betrug die Zuckerrübenfläche im Reich einschließlich Posen, Westpreußen und Elsaß-Lothringen 532.843 Hektar, also fast doppelt so viel wie jetzt. Die Menge der verarbeiteten Rüben betrug damals 169 Millionen Doppelzentner und die Menge des gewonnenen Rohzuckers 26 Millionen Doppelzentner, also fast viermal so viel wie jetzt. Von dieser Menge gelangten vor dem Kriege 14 Millionen Doppelzentner in den inländischen Konsum und 12 Millionen Doppelzentner zur Ausfuhr. Die Anbaufläche ist gegenüber der Vorkriegszeit insgesamt um fast 40 Prozent zurückgegangen. Am stärksten hat der Rübenbau in den nördlichen Gebieten wie Pommern und Mecklenburg, sodann in der Rheinprovinz abgenommen. So betrug in Pommern vor dem Kriege die Anbaufläche 35.172 Hektar, in diesem Jahre nur 13.191 Hektar; in Mecklenburg vor dem Kriege 22.099 Hektar, jetzt nur noch 10.212 Hektar; im Rheintal 20.016 Hektar, jetzt nur 7840 Hektar. Der Anbau in der Provinz Sachsen ist von 119.276 Hektar auf 83.629 Hektar gesunken, in Braunschweig von 23.661 Hektar auf 17.042 Hektar und in Anhalt von 20.447 Hektar auf 15.258 Hektar. Durch den Verlust der Provinzen Westpreußen und Posen ist die gesamte Zuckerrübenfläche um fast ein Fünftel, d. h. um circa 100.000 Hektar abgenommen.

Die Bevölkerung wird zwar in diesem Erntefahr erheblich mehr Zucker erhalten können als im Vorkriege, doch wird für die Ausfuhr nichts übrig bleiben.

Es gärt im Völkerbunde.

Die Neutralen fordern Abänderung des Vertrages.

Nur mit großen Bedenken haben zahlreiche Nationen, vor allem die Schweiz, den Eintritt in den Völkerbund beschlossen. Sie gingen dabei von der Erwägung aus, daß es ihnen allmählich gelingen werde, eine Revision der Vertragsbestimmungen durchzuführen. Sofort nach Zusammentritt des Völkerbundes von Genf wurden von den Vertretern der skandinavischen Länder versuchsweise einige bedeutungslose Änderungsanträge zum Völkerbundpakt eingebracht, die der sogenannten Änderungskommission zur Beratung überwiesen wurden.

In der letzten Vollversammlung des Völkerbundes begründete nun Bassour als Berichterstatter die ablehnende Haltung der Kommission. Er müsse der Völkerbund Erfahrungen sammeln, dann bilde der Völkerbundpakt

einen Teil des Versailler Vertrages,

der gegenwärtig nicht abgeändert werden könne, ohne daß man Gefahr laufe, einzelne Mitglieder des Völkerbundes vor den Kopf zu stoßen. Die Kommission beantragte daher, die Änderungsanträge dem Völkerbundrat zu überweisen mit dem Auftrag, auf der nächsten Tagung Bericht zu erstatten und Vorschläge zu machen.

Demgegenüber wurde von dem portugiesischen Vertreter bestritten, daß der Völkerbundpakt in direktem Zusammenhang mit dem Friedensvertrag stehe und daß er nicht schon jetzt abgeändert werden könne. In Ententezirkeln war man über diese Ausführungen natürlich wenig erbaut, um so mehr, als nachher auch der schweizerische Bundespräsident nicht minder entschieden das Recht der Revision verteidigte. Er legte dar, daß

die Schweiz nur aus Opportunitätsgründen

in die Verschiebung der Anträge eingewilligt habe. Die Schweiz lege den größten Wert darauf, daß der internationale Gerichtshof obligatorisch werde, und die Schweiz unterstütze alle Anstrengungen, diese obligatorische Schlichtungsbarkeit zu erreichen, die eine der größten Errungenschaften des internationalen Lebens darstelle. Daß die neutralen Länder der Frage der Revision des Völkerbundesvertrages eine besondere Bedeutung beimessen, sei durchaus natürlich. Von dem Kommissionsberichterstatter angeführten Grund, daß der Völkerbundvertrag heute noch nicht abgeändert werden könne, weil er einen Bestandteil des Friedensvertrages bilde, könne die Schweiz nicht als berechtigt anerkennen, womit sie keinesfalls die Frage des Versailler Vertrages aufwerfen wolle. Damit habe sich der Völkerbund nicht zu beschäftigen. Aber es sei festzustellen, daß die Verbindung des Völkerbundpaktes mit dem Versailler Vertrage nur rein äußerliche sei.

In der Ententezeit, vor allem in den Pariser Klättern, tritt der Unwille über die offene Erklärung

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei in Nürnberg wurde am Donnerstag mit einer Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei eingeleitet. Ueber das Verhältnis der Deutschen Volkspartei zur Deutschen demokratischen Partei äußerte sich Dr. Stresemann, daß im Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei keinerlei Besprechungen über das Verhältnis zur Deutschen demokratischen Partei stattgefunden hätten. Von der Deutschen demokratischen Partei seien auch keine Versuche zu Verhandlungen gemacht worden. — Zu gleicher Zeit tagte unter Leitung der Reichstagsabgeordneten Frau Clara Mendel der Reichsfrauentag. In der Reichsfrauentagung am Nachmittag wurden die Aufgaben der Frauen der D. D. P. in einer Entschließung zusammengefaßt, in der die Frauen sich im Einverständnis mit der Gesamtpartei verpflichten, mit aller Kraft für die Aufrechterhaltung und Stärkung des nationalen Gedankens einzutreten durch Schutz der Familie und der Kinder, Erziehung der Jugend in religiösem und nationalem Geiste, Kampf gegen die Entfremdung des Volkes.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei in Nürnberg wurde am Freitag unter außerordentlich starker Beteiligung eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde der bekannte Berliner Universitätsprofessor Dr. Kahl gewählt. Das Referat über die politische Lage erstattete alsdann der Vorsitzende des Zentralvorstandes Abg. Dr. Stresemann, dessen Ausführungen die volle Zustimmung der Delegierten fanden. Als Ergebnis der Mitwirkung der Deutschen Volkspartei in der Regierung nannte er die Stärkung der Staatsgewalt gegenüber dem Bolschewismus, die Zurückdrängung des sozialistischen Einflusses und die Entpolitisierung der Verwaltung. Für die Außenpolitik stellte

er in den Mittelpunkt den Kampf um die Revision des Friedensvertrages. Alsdann sprach Hr. v. Perle über die politischen Folgen des Diktates von Versailles. Als Vertreter der Reichsregierung nahm Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz an den Verhandlungen teil.

Die erste Wiedergutmachungskonferenz. Agence Havas meldet aus London, die Sachverständigenkonferenz, die zur Regelung der Wiedergutmachungsfrage in Brüssel zusammentreten soll, werde ihre Arbeiten jedenfalls Mitte Dezember beginnen. Der Oberste Rat werde in London den Tag des Zusammentritts bestimmen.

des schweizerischen Bundespräsidenten Motta, der bekanntlich auch zum Ehrenpräsidenten der ersten Völkerbundversammlung ernannt worden ist, klar hervor. Man macht kein Hehl daraus, daß man den Völkerbund als unangenehme und lästige Einrichtung empfinde und ihn am liebsten den Rüden lehren möchte. Des Prestiges halber fühlt man sich aber verpflichtet, die Würde zu wahren und auf eine andere Weise die unangenehme Kritik der kleinen Staaten zum Schweigen zu bringen. Diesmal ist es noch gelungen. Mit um so größerer Heftigkeit wird der Streit in der nächsten Sommertagung entzündet werden, wo auch der Frage der Zulassung Deutschlands erhöhte Bedeutung beizumessen ist. Der Ruf nach Revision wird nicht eher verstummen, als bis aus dem Völkerbund der „Sieger“ ein wahrer Völkerbund sich entwickelt hat, der Siegern und Besiegten gleiche Rechte und Pflichten zuerkennt.

Gegen die Banknotenhamsterei.

Eingziehung der gehamsterten Beträge.

Vor einigen Tagen erklärte der bayerische Finanzminister, daß mindestens 10 Milliarden Papiergeld von den sogenannten Notenhäusern zurückgehalten und dem Geldverkehr entzogen werden. Diese Banknotenhamsterei ist zweifellos auf die Steuerfiskus weiter Kreise zurückzuführen, die ihr Vermögen bei der Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs oder zum Reichsnotopfer vorsätzlich verschwiegen haben. Die Einnahmen aus den Vermögenssteuern sind infolgedessen weit hinter dem Boranschlag zurückgeblieben, und die Finanzlage des Reiches wird dadurch immer trostloser.

Das Reichsfinanzministerium ist nun gewillt, den Kampf gegen die Banknotenhamsterei mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln aufzunehmen. Eine Urfrage der bayerischen Abgeordneten Dauer und Schwarzger, in der auf diese Mißstände hingewiesen wurde, hat der Reichsfinanzminister dahin beantwortet, daß nach Par. 3 des Gesetzes über Steuernachricht vom 3. Januar 1920 Vermögen, das bei der Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs oder zum Reichsnotopfer vorsätzlich verschwiegen wird, zugunsten des Reiches verfällt. Diese Verfallerklärung erstreckt sich insbesondere auch auf Banknoten, die gehamstert worden sind und deren Wert in den Steuererklärungen verschwiegen worden ist.

Im Haushalt des Reichsfinanzministeriums für 1920 ist ein Betrag von 10 Millionen Mark vorgesehen zur Bekämpfung von Zuwiderhandlungen gegen die Abgabengesetze und das Gesetz gegen die Kapitalflucht, sowie für Belohnungen an Beamte des Aufwandsdienstes bei dieser Bekämpfung.

Es ist zu hoffen, daß diese dem steuerlichen Nachrichtendienst zur Verfügung gestellten Mittel es ermöglichen werden, auch den Hamstern von Banknoten auf die Spur zu kommen. Gerade diesen Personen gegenüber, welche nicht bloß ihre Steuern hinterziehen, sondern durch das Hamstern der Banknoten dem Wirtschaftsleben schweren Schaden zufügen, muß die volle Strenge des Gesetzes Anwendung finden. Sie haben neben den Steuerstrafen die Eingziehung der gehamsterten Beträge zu gewärtigen. Bei der gegenwärtigen Notlage des Reiches ist es die Pflicht eines jeden Deutschen, die Steuerbehörden in dem Bestreben zu unterstützen, die versteckten Banknoten zu erfassen und die Personen der verdienstlichen Strafe zuzuführen, welche auf Kosten der Allgemeinheit ihre persönlichen geldlichen Vorteile verfolgen.

Politische Rundschau.

— Berlin, 4. Dezember 1920.

Die deutschen Ernährungsminister sind zu einer Konferenz in Weimar zusammengetreten. Auf der Tagesordnung stehen die brennenden Tagesfragen: Brotgetreide- und Fleischversorgung, Wucherbekämpfung, Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln.

Nach einer Berliner Meldung des „Echo de Paris“ hat die Reichsregierung den früheren türkischen Generalkonsul Enver Pascha, der sich seit einigen Tagen in Berlin befand, aufgefordert, Deutschland zu verlassen.

Die verstärkte Kommission für die Sozialisierungsfrage hat ihre Beratungen in Essen wieder aufgenommen.

Nach einer Entscheidung des Landgerichts Berlin II sind Leichenreden am Grabe nicht anmeldepflichtig.

Der erste Kongress der Auslandsdeutschen findet am 6. und 7. Dezember in Hamburg statt.

Die Alt- und Neukommunisten sind zu einem Vereinigungsparteitag in Berlin zusammengetreten. Die A. V. D. wird in Zukunft als V. A. P. D. (Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands) firmieren.

Der sozialdemokratische Kreisdeputierte Bauaussen Wilhelm Benschhausen ist vom preussischen Minister des Innern zum Landrat des Kreises Alfeld ernannt worden.

Der Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtages hat einen Antrag angenommen, der eine mögliche Zentralisierung der Selbstverwaltung der deutschen Reichseisenbahnen verlangt.

Die Hamburger Bürgererschaft hat die Verfassung für die freie Hansestadt in 1. Lesung angenommen.

Rundschau im Auslande.

Die italienische Kammer hat das Gemeindegewahlgesetz angenommen, das die Verhältniswahl einführt und den Frauen das Wahlrecht verleiht.

Londoner Arbeiterlose, die bereits das Rathaus des Vorortes Tottenham besetzt hatten, haben noch in einem weiteren Vorort das Gemeindegewahl besetzt.

Für den Posten eines neuen amerikanischen Staatssekretärs beim Präsidenten Harding ist Senator Knox in Aussicht genommen, der als Führer der Opposition gegen die Ratifizierung des Versailler Vertrages im amerikanischen Senat besonders hervorgetreten ist.

An der Jomid- und Embrafront (Kleinasiens) wird eine große Offensive der türkischen Nationalisten gegen die griechischen Truppen erwartet.

Auf Beschluß des Völkerbundes ist eine Entente-Kommission beauftragt worden, mit Kemal Pascha dem Führer der türkischen Nationalisten, zu unterhandeln. Sie ist bereits nach Angora abgereist.

Holland: Kronprinzenrede in der holländischen Kammer.

In der Zweiten Kammer kam es zu einer kurzen Debatte über die Stellung des deutschen Kronprinzen. Ein kommunistisches Mitglied der Kammer erklärte, die Anwesenheit des Kronprinzen in den Niederlanden würde früher oder später unangenehme Folgen für die niederländische Regierung und die Niederlande haben. In Deutschland sei eine sehr starke reaktionäre und monarchistische Bewegung, und er sei überzeugt, daß der Kronprinz damit in Verbindung stehe. Minister Ruus de Beerenbrouck erklärte, die Regierung hätte viel lieber gesehen, wenn die Hofzöllner nicht nach den Niederlanden gekommen wären. Er sei aber überzeugt, daß der ehemalige Kronprinz mit der ihm verliehenen Gastfreiheit keinen Mißbrauch treiben werde. Die beiden fürstlichen Flüchtlinge hätten bisher eine korrekte Haltung gezeigt. Wenn in dieser Haltung eine Veränderung eintreten sollte, so würde die Regierung wissen, ihre Pflicht zu tun. Er sei überzeugt, daß zwischen dem Kronprinzen und einer bestimmten Partei in Deutschland keine Verbindung bestehe.

Schweiz: Argentinien will aus dem Völkerbund austreten.

Nach einer Meldung aus Buenos Aires ermächtigt Argentinien seinen Austritt aus dem Völkerbund, da es der argentinischen Delegation nicht möglich gewesen sei, die Zustimmung der Völkerbundversammlung zu den Vorschlägen Argentinens zu erreichen. Der argentinische Delegierte hat erklärt, daß die erste Aufgabe des Völkerbundes die Abänderung seines Statuts sein sollte; Argentinien habe seinerseits vier Änderungsanträge eingebracht, nämlich: Aufnahmegesetz für souveränen Staaten, Zulassung kleinerer Staaten ohne Stimme, Abänderung des Rates, Einrichtung eines oberen Gerichtshofes mit obligatorischem Spruch. Es sei bedauerlich, daß die Versammlung Zeit mit Haarspaltereien vergeude und so wichtigen Reformen aus dem Wege gehe.

England: Keine Feindschaft gegen Griechenland.

Im Unterhaus las Lord Curzon unter lauten Beifall die nach Athen gerichtete Note vor. Er fügte hinzu, diese Erklärung besage deutlich, daß, wenn das griechische Volk sich für einen Schritt entscheide, den England befehle würde, Großbritannien und die Alliierten nicht die geringste Absicht hätten, eine feindliche Aktion im Sinne einer gewaltsamen Verhinderung des griechischen Volkes, diesen Schritt auszuführen, in die Wege zu leiten. — Frankreich hat es dagegen für nötig gehalten, der Drohung der Entente durch eine Flottendemonstration vor Athen Nachdruck zu verleihen.

England: Gewerkschaftskonzentration in England.

Nach einer Neutermeldung hat eine Konferenz der Vertreter von 19 Gewerkschaften der Textilarbeiter, Wagenschlepper, Arbeiter auf Reichsschiffen, Gasenarbeiter usw. beschlossen, alle diese Organisationen zu einem großen Verbande zusammenzuschließen. Der Vorsitzende des englischen Transportarbeiterverbandes, Gessling, erklärte auf der Konferenz, dies sei eine der größten Aufgaben organisierter Arbeiter, die jemals in der Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung vorgekommen sei. Sie werde die Macht des Völkerbundes der Transportarbeiter, Eisenbahner und Bergleute erhöhen. — Die englische Kohlenförderung ist in der dritten Novemberwoche um 435.000 Tonnen gesunken.

Griechenland: Eine Drohnote der Entente.

Nach den Besprechungen der Ententeministerpräsidenten in London wurde folgende amtliche Mitteilung aus gegeben: „Die englische, französische und italienische Regierung bezeugt ihrer guten Willen gegenüber dem griechischen Volke, begünstigen die Erfüllung seiner Wünsche. Um so unangenehmer wurden sie verührt durch die letzten Ereignisse in Griechenland. Obwohl sie nicht wünschten, sich um die inneren Angelegenheiten Griechenlands zu kümmern, halten sie sich für verpflichtet öffentlich zu erklären, daß die Rückkehr des Königs dessen treulose Handlungsweise während des Krieges der Alliierten große Schwierigkeiten verursachte, auf den Thron von ihnen nur als die Bekräftigung dieser feindlichen Handlungsweise durch Griechenland angesehen werden kann. Dies würde eine unangenehme Lage in den Beziehungen zwischen Griechenland und den Alliierten verursachen und in diesem Falle würden sich die drei Regierungen vollkommene Freiheit für die so geschaffene Lage vorbehalten.“ Einer Neutermeldung zufolge wurde diese Drohnote in Athen übergeben.

Amerika: 13 Milliarden Kriegskosten der Vereinigten Staaten.

Aus Washington wird gemeldet: Der Jahresbericht des amerikanischen Kriegsministeriums gibt an, daß der Krieg der Vereinigten Staaten 13 Milliarden 730 Millionen 325.576 Dollars gekostet hat. Die Gesamtverluste Amerikas im Weltkriege betragen 34.249 Tote und 224.189 Verwundete.

Lokales und Provinzielles.

Geisenheim, 7. Dez. Wie wir zuverlässig erfahren, hat der Magistrat auf sein wiederholtes Ersuchen bezüglich der von den Stadtverordneten beschlossenen Wohnungszulassungssteuer vom Ministerium in Berlin den Bescheid erhalten, daß diese Steuer genehmigungsfähig sei. Der von der Stadt Frankfurt vorgelegte Entwurf sei wegen einiger vorzunehmender Änderungen zurückgegeben worden, wenn diese Änderungen getroffen seien, liege auch dort kein Grund vor, die Steuer zu genehmigen. Sobald also die Steuer die Genehmigung des Bezirksausschusses gefunden hat und daran ist wohl nicht zu zweifeln, wird sie in Geisenheim sofort in Kraft treten.

Geisenheim, 7. Dez. Am Mittwoch den 8. Dez., abends 5 1/2 Uhr (Ortszeit) findet im Gasthaus „zur Linde“ zu Geisenheim eine Besprechung zwecks Aufstellung von Abgeordneten zur Handelskammer statt. Es handelt sich um die Wahl von 5 Mitgliedern für die Kreise Riedesheim und St. Goarshausen. Bei der Wichtigkeit der Besprechung ist zu erwarten, daß sich die Wahlberechtigten vollständig an der Besprechung beteiligen. Ausdrücklich wird darauf verwiesen, daß diesmal auch die Mitglieder der Gewerbesteuerklasse 4, deren Firmen handelsgerichtlich eingetragen, wahlberechtigt sind.

Geisenheim, 7. Dez. Das Gesuch des „Gewerkschaftsartells“ an den Magistrat den Verlauf der Christbäume nicht von den Pändern sondern von der Stadt selbst vornehmen zu lassen, wurde dahin entschieden, daß die Stadt die Bäume hauen läßt, das Kartell dieselben an Ort und Stelle übernimmt und dieselbe an die minder

hemittelte Bevölkerung zum Selbstkostenpreis abgibt. Der Verkauf findet in der nächsten Woche statt. Näheres im Inseratenteil später.

Seifenheim, 7. Dez. Der Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Dr. Fuld, welcher auf Veranlassung des Kaufmännischen Vereins Mittel-Rheingau am 30. Nov. im großen Hörsaal der staatlichen höheren Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau stattfand, war ein Steuer-Vortrag und behandelte die Reichs-Einkommensteuer. Es wurde natürlich zu weit führen, die einzelnen Steuervorschriften, die Herr Dr. Fuld in anschaulicher, verständlicher Weise zum Vortrag brachte, hier auch nur in beschränktem Umfang wiederzugeben, die meisten, soweit sie sich auf die steuerlichen Abzüge vom Lohn und Gehalt beziehen, sind auch hinreichend bekannt und werden uns in der täglichen Praxis immer deutlicher vor Augen geführt. Die großen Geschäfte, welche die kritischen Formen und Vorschriften der Einkommensteuer schließlich kennen müssen, werden ohnehin gut daran tun, sich das gedruckte Gesetz zu beschaffen. Der Vortragende gab selbst zu, daß er das Einkommensteuer-Gesetz in seiner umfangreichen Zusammenfassung unmöglich an einem einzigen Vortragabend behandeln könnte, und dabei sprach er doch annähernd 1 1/2 Stunde über alle möglichen Sachen, wobei zu berücksichtigen ist, daß er nur die wesentlichen Vorschriften behandelte. Ein weiterer Vortrag im Januar wird das Einkommensteuer-Gesetz übrigens noch weiter beleuchten und im Anschluß daran, wird dann auch eine Diskussion stattfinden können, die diesmal der Kürze der Zeit wegen, nicht möglich war. Einige wichtige Punkte, seien aber doch aus dem Vortrag des Herrn Dr. Fuld herausgegriffen. Es war, wie man sich erinnern wird, damals strittig, ob es erlaubt sein könne, das am 27. Juni 1920 in Kraft tretende Gesetz dadurch zu umgehen, daß man Lohn und Gehalt vor dem 27. Juni ausbezahlt. Bekanntlich wurde selbst von Seiten der Regierung bei der Auszahlung der Beamten offiziell gegen das Gesetz verstossen und es war unsäglich, daß nachher vom Regierungsrat aus betont wurde, die frühere Gehaltszahlung zur Umgehung der ersten Steuerzahlung sei unstatthaft. Herr Dr. Fuld erklärte nun klipp und klar, daß die frühere Gehaltszahlung in diesem Falle durchaus berechtigt war. Ein weiterer wichtiger Punkt bei der Festlegung der Einkommensteuer-Erklärung bildet die Abschreibungsfrage. Ungeachtet des Umstandes, daß die Bodenwerte gestiegen sind, kann der Landwirt oder Winger auf seine Grundstücke, Acker und Weinberge angemessene Beträge für Entwertung durch mangelhaften Bau und Düngung zc. zur Abschreibung bringen. Diese Abschreibungen sind vor allen Dingen auch wichtig für größere und kleinere Geschäfte. Ein heisser Punkt und man kann wohl sagen, eine Ungerechtigkeit ist wohl darin zu finden, daß die Besitzer von Wertpapieren die ihr Einkommen ganz oder zum Teil aus Renten beziehen, doppelt besteuert werden, einmal mit 10% durch die Kapital-Rentensteuer und in zweiter Linie durch die Einkommensteuer. Die kleinen Rentner, die bis zu M. 7500.— Einkommen haben und über 60 Jahre, oder krank sind, sollen indessen Vergünstigungen genießen. Ungerecht und geradezu katastrophal kann übrigens die Vorschrift wirken, daß die Einkommensteuer-Erklärung für das Jahr 1921 ebenfalls nach den Feststellungen des Jahres 1920 erfolgen soll, man denke sich nur, wenn das Geschäft im Jahre 1921 einen wesentlichen Rückgang bringt und es wird ihn zweifelhaft bringen, welche finanziellen Schwierigkeiten dem Steuerzahler entstehen können. Herr Dr. Fuld ist übrigens der Ansicht, daß es den Vorstellungen der Handels-Verbände gelingen wird, hierin Wandel zu schaffen. Die Ausführungen des Herrn Dr. Fuld, waren wie schon erwähnt, klar und verständlich, interessant sind Steuer-Vorträge bekanntlich nur bedingungsweise.

Die teure Hindenburgbrücke. Im Finanzausschuß des hiesigen Landtages, der sich für die Herabsetzung der Gebührensätze einzusetzen beschloß, zog Abg. Soherr Vergleiche mit den Gebühren für die Benutzung anderer Brücken. Die Gebühren für die Befahrung der Brücken bei Mainz, Oppenheim, Oernsheim und Rostheim betragen für einen Handwagen 10 Pfg., bei der Hindenburgbrücke 2 Mark, für ein Motorrad bei den erwähnten Brücken, 30 Pfg., bei der Hindenburgbrücke 2 Mark, für ein Kalb, Schwein oder eine Ziege 10 Pfg. und 30 Pfg. bei der Hindenburgbrücke 3 Mark, für ein Pferd oder Rindvieh dort 40 Pfg., bei der Hindenburgbrücke 5 Mark, für ein beladenes oder unbeladenes Fuhrwerk dort 30 Pfg. bis 1.20 M., bei der Hindenburgbrücke 20 Mark, für ein Kraftfahrzeug dort 90 Pfg. bis 1.50 Mark, bei der Hindenburgbrücke 30 Mark. Herr Soherr schloß seine Ausführungen: Es ist ja richtig, daß in der heutigen Zeit der Geldentwertung im allgemeinen nicht so scharf gerechnet wird, daß man aber für die Hindenburgbrücke allein derartig fabelhafte Gebühren fordert ist mir und, wie ich glaube, auch dem ganzen Hause unverständlich. . . . (Abg. u. N. Pfg.)

Eltsville, 3. Dez. Für das Schicksal der um ihr Leben ringenden Kleinbahnen dürfte die Entscheidung über den Fortbestand der der Allgemeinen Deutschen Kleinbahngesellschaft in Berlin gebührenden Kleinbahn Eltsville-Schlangenberg, einer der am meisten benutzten Bahnen ihrer Art, symptomatisch werden. Die Betriebsergebnisse sind so ungünstig geworden, daß die Gesellschaft erklärt hat, den Betrieb nicht weiter aufrecht erhalten zu können. Ein Stilllegen der Bahn liegt als unwillkommene Möglichkeit für eine Anzahl großer Gemeinden mit lebhaftem Verkehr in Aussicht. Zu den wirtschaftlich benachteiligten Orten gehören auch die bekannten Weinorte Neudorf und Rauenhain im Rheingau, von Schlangenberg ganz abgesehen. Die betroffenen Gemeinden haben nun gemeinsame Schritte für die Erhaltung der Bahn bei der Bezirksverwaltung und der Regierung beschloffen.

Eltsville, 1. Dez. An Stelle des verstorbenen Herrn Stadtpfarrer Schilo ist Herr Pfarrer Krellwitz von Siershahn mit Wirkung vom 1. Januar zum Stadtpfarrer von Eltsville ernannt worden.

Vingen, 4. Dez. (Eine Kohlenfäure-Quelle im Rhein.) Wie Ingenieur Dr. Knaecher der „Mittelrh. Volksztg.“ mitteilt, bietet sich bei dem außerordentlich niedrigen Rheinwasserstand oberhalb der Hindenburgbrücke eine interessante

Naturerscheinung. Da, wo die erste Bähne an das Gausheimer Ufer anlehnt, beobachtet man in dem seichten Strand deutlich eine Kohlenfäurequelle, welcher in der Minute mindestens ein halbes Liter Gas in dicken Blasen entströmt. Die Stelle ist um so leichter zu finden, als über ihr die Eisbede offen geblieben ist.

Gartenbau und Landwirtschaft.

Einfache Frühbeetkultur.

Durch die Not der Zeit ist mancher Gartenbauer geworden, dem diese Sache früher fernlag. Dabei fand er, daß der Gartenbau doch eine schöne und unterhaltbare Beschäftigung sei, abgesehen davon, daß sich die aufgewandte Mühe so reichlich lohnte. Doch den lohnendsten Teil desselben, die Frühbeetkultur, hat er bisher noch nicht versucht, weil er die dazu nötigen Hilfsmittel und damit den Kostenpunkt weit überschätzt hat. Unbedingt notwendig zur Frühbeetkultur ist nur Glas, alle anderen Bedarfsartikel kann man leicht selbst anfertigen. Nun ist das Glas allerdings sehr teuer. Aber dafür sind ja auch die Produkte der Treiberei hoch im Preise. Das Glas läßt sich in seiner Wirkung durch nichts anderes ersetzen, ist also unumgänglich notwendig. Alle anderen Hilfsmittel dagegen sind Nebensache. Selbst mit den primitivsten Einrichtungen lassen sich ungeahnte Erfolge erzielen. Es ist das leider in Kreisen des Kleingartenbaues viel zu wenig bekannt. Mist ist zur Frühbeetkultur nicht erforderlich, da ein sogenannter kalter Kasten benutzt wird, der seine Wärme von den Sonnenstrahlen empfängt. Aus Latten wird der Fensterrahmen zusammengeschlagen, aus alten Rostenbrettern der Kasten. Ob letzterer in der Erde liegt oder auf der Erde steht, ist ziemlich belanglos. In ersterem Falle hält er die Wärme länger, in letzterem Falle ist er transportabel. Es empfiehlt sich, die Fenster nicht zu groß zu nehmen, damit sie handlich bleiben. Ein Meter lang und breit ist hinreichend groß. Man kauft erst die Glasscheiben und zimmert danach das Fenster und den Kasten.

Die Sonnenstrahlen erwärmen in kurzer Zeit den Kasten derart, daß die Pflanzen Schaden leiden. Man muß daher bei Sonnenschein gut lüften und täglich ein bis zweimal mit warmem Wasser gießen.

Am leichtesten ist die Kultur von Kopfsalat. Ist der Salat abgeerntet, sät man Gurken im Kasten aus und kann ihnen nun Schutz gewähren, bis die Bitterung erlaßt, die Fenster wegzulassen. Dann wachsen die Gurken über den Kasten hinaus. Auf diese Weise kann man schon Mitte April mit Gurkenzucht beginnen. Oder man benutzt den Kasten zur Heranzucht von Tomatenpflanzen. Die Ausnützungsmöglichkeit ist also eine sehr vielseitige. Gegen die Nachtfälle wird der Kasten geschützt, indem man alte Säcke darüberlegt oder Stroh oder Laub daraufschüttet. Bei Salat ist ein Decken noch nicht mal erforderlich. Eine so betriebene Frühbeetkultur erfordert nur geringe Kosten, die sich zudem bezahlt machen, und gewährt dem Gartenliebhaber viele Freude.

Keine künstlichen Düngemittel mehr nötig!

Eine neue umwälzende Erfindung f. die Landwirtschaft!

Der „Deutschen Düngemittel-Industrie“ Max Gohn in Wiesbaden, Kerotal 14, ist es nach jahrelangen erfolgreichen Versuchen gelungen, ein Verfahren zur Gewinnung natürlicher Dünger (Dung, Mist) zu konstruieren, nach welchem weder Rohstoffe, noch künstliche Düngemittel Verwendung finden und auch eine Mehrarbeit des Landwirtes nicht erfordert wird.

Die zu diesem Verfahren nötigen Rohstoffe, die bisher wertlos waren, hat jeder Landwirt in unerschöpflichem Maße für immer in seinem Anwesen vorrätig.

Die „Gohnsche Düngerkultur“, wie dies Verfahren bezeichnet wird, ermöglicht es also jedem Landwirt, seinen natürlichen Dünger (Dung, Mist) je nach Belieben vollkommen mühe- und kostenlos um das drei- und mehrfache zu vermehren.

Wäcker ungeheurer Nutzen und Gewinn nicht nur dem Landwirt, sondern auch der Allgemeinheit dadurch erwächst, ist kaum abzusehen. Dieses Verfahren ist in allen Kulturstaat zum Patent angemeldet und darf nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Erfinders, die (im Lizenzwege) gegen eine einmalige Abfindungssumme von nur 60.— M. an jedermann auf Antrag erteilt wird, benutzt werden. Wenn man berücksichtigt, daß es sich hier nicht um ein belehrendes Buch, sondern um das Ausbüttnungsrecht einer hervorragenden neuen landwirtschaftlichen Erfindung von unschätzbarem Werte, handelt, die jeden Landwirt von seiner größten Sorge, der „Düngerfrage“, befreit, so ist der Preis in Anbetracht der Wertlosigkeit unseres Geldes als ein sehr mäßiger zu betrachten. Unrechtmäßige Benutzung wird nach den Patentgesetzen bestraft. Hoffentlich machen unsere Landwirte zum Nutzen aller recht regen Gebrauch von diesem erfreulichen Fortschritt.

Im übrigen verweisen wir auf das Inserat in diesem Blatte.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 7. Dez. In Nr. 5. des „Deutschen Eisenbahners“, die am 6. Dezember erscheint, wird nach der „Freiheit“ der Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes einen Aufruf veröffentlicht, nach dem allgemein die Forderung aufgestellt wird, die bewegliche Feuerungszulage um 1 Mark pro Stunde zu erhöhen. Für Beamte wird gefordert, die Feuerungszulage nicht mehr nach der Höhe des Einkommens festzusetzen, sondern für alle Besoldungsgruppen gleich zu bemessen und zwar wie folgt: Ortsklasse a und b 8000 Mark, Ortsklasse c und d 7500 Mark, Ortsklasse e 7000 Mark. Die Kinderzulagen sind allgemein um 100% zu steigern. Den nicht planmäßigen Beamten ist außerdem der volle Feuerungszulage wie für die planmäßigen Beamten zu gewähren. Die Vorlage soll rückwirkende Kraft ab 1. Oktober 1920 erhalten.

TU Genf, 6. Dez. Die Note der argentinischen Regierung, daß sie beabsichtige, sich von den Arbeiten des Völkerbundes zurückzuziehen, erregte in den Kreisen der Völkerbundsdelegierten ein geradezu sensationelles Aufsehen,

da trotz gewisser Gerüchte niemand einen solchen Schritt erwartete. Zweifellos wird der Versuch gemacht werden, Argentinien zu veranlassen von seinem Beschlusse abzusehen und noch im Laufe dieses Tages wiederum an den Arbeiten des Völkerbundes teilzunehmen.

TU Neumarkt, 6. Dez. In den bayerischen Sprengstoffwerken Neumarkt (Oberpfalz) explodierte heute Nachmittag 1/4 Uhr aus noch nicht aufgeklärten Ursachen ein Mischraum. Bis jetzt sind drei Tote geborgen und etwa 10 Schwerverletzte. Hunderte erlitten leichte Verletzungen. Die Gebäude sind stark demoliert, doch wird der Betrieb zum Teil aufrecht erhalten. In dem Werk Neumarkt stürzte eine Mauer ein; zwei Arbeiter wurden dabei schwer verletzt. In dem ganzen Werk wurden Fensterscheiben und Schaulenfenster zertrümmert.

Eingetroffen
echter italienischer
Weinberg-Schwefel.
Der Schwefel kann auf unserem Lager, Mannheimerstraße 63 abgeholt werden.

Vorbestellungen
auf
italienischen Weinbergschwefel
Kupfervitriol 98-99%
grobkristallisiert
Nicotin 8-10% Tabakextrakt
Uranigrün

alles in bester Qualität, werden zur bestimmten Lieferung im Frühjahr von uns angenommen. Infolge der zu erwartenden Knappheit empfehlen wir sofortige Bestellung.
Für Großabnehmer, Konsum- und Darlehensvereine, landwirtschaftliche Verbände zc. besondere Preise. Wegen Großbestellungen bitten wir sich direkt mit unserem Stammhause in **Bad Dürkheim** in Verbindung setzen zu wollen.

Julius Hindel Söhne
Weinbauartikelgroßhandlung
Bad Kreuznach
Mannheimerstr. 63. Telefon 803.

Brüderpfeifen
das schönste
Weihnachts-Geschenk.
Größte Auswahl von M.
18.— bis M. 45.—
E. Rischblick, Seifenheim.

**Ein tüchtiger
Feldarbeiter,**
der auch etwas Gartenarbeit
versteht, findet dauernde
Beschäftigung.
Seifenheim, Landstr. 61.

**Weinbergs-
Pfähle!**
Imprägnierte u. tyansifizierte,
sowie auch Stiele, 1,50,
1,75, 2 Mtr. lang, Pfähle
u. Baumstüben in allen
Längen und Dicken bis zu
4 Mtr., alles imprägniert,
billigst.
Verkauf ab Lager geg. Kasse.
E. Dillmann
vorm. Gregor Dillmann
Kirchstr. 18. Telef. 198.

**Neueholl. Salzheringe
Kieler Büchlinge
Lachs-Büchlinge zc.
Holländer, Süßer u.
Camembert-Käse
ff. Süßrahm-Margarine
ff. Kokosbutter
Gezuckerte u. ungezuckerte
Büchsenmilch
Alle Sorten Südfrüchte
Obst und Gemüse.
Frau A. Rothhaupt
Marktstraße 4.**

**Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde**
Telefon Nr. 205.

Rauchtabak
in bekannten vorzüglichen
Qualitäten von M. 4.—
bis M. 8.— 100 Gramm.
E. Rischblick,
Seifenheim.

**Reichsverband der Kriegsbeschädigten
ehemaligen Kriegsteilnehmer und
Kriegshinterbliebenen.**
Ortsgruppe: Seifenheim-Johannisberg.
Donnerstag Abend 8 Uhr
Vorstands- u. Komitesitzung
im Vereinslokal. Der Wichtigkeit wegen — Abrechnung und Verteilung des Reingewinns — wird um vollzähl. Erscheinen gebeten.
Der Vorsitzende.

**Stenographen-Verein
„Gabelberger“**
Seifenheim a. Rh.
Dienstag den 7. Dezember,
7 1/2 Uhr abends
Unterrichtsstunde
für Anfänger in der hiesigen
Gewerbeschule.

**Stenographen-Verein
„Stolze-Gören“**
Seifenheim a. Rh.
Montag und Mittwoch
Abend 7 Uhr:
Anfänger-Unterricht.
Mittwoch Abend 8 1/2 Uhr:
Übungsabend
für die aktiven Mitglieder in
der Gewerbeschule.
Um vollzähliges Erscheinen
bittet Der Vorstand.

**„Cäcilia“
Seifenheim.**
Vereinslokal Andr. Ober
Mittwoch Abend 8 Uhr:
Gesangstunde.
Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.
Der Dirigent.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine liebe Frau, unsere gute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwägerin und Tante

Frau Heinrich Kilian

Clara geb. Heiny

heute Abend 8 Uhr im 75. Lebensjahre nach kurzem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden, wohlversehen durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Um stille Teilnahme bitten

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Familie Hch. Kilian.

Geisenheim, Engelburg, Wiesbaden, Bühl, New-York, 6. Dez. 1920.

Die Beerdigung findet Donnerstag Nachmittag 4 Uhr, das Totenamt am gleichen Tage früh 7½ Uhr statt.

Bekanntmachung.

Nach Anhörung der beteiligten Gewerbetreibenden bestimme ich auf Grund des § 105a der Reichsgewerbeordnung unter Abänderung meiner Bekanntmachung vom 23. März 1895 (Reg.-Amtsbl. S. 106 Ziffer C) folgendes:

1. In dem Gewerbe der Barbier, Friseur und Perückenmacher darf in den Orten, in denen die völlige Sonntagsruhe auf Grund des § 41b d. G. O. noch nicht eingeführt ist, an Sonn- und Festtagen das Gewerbe als solches, in der Zeit vom 1. April bis 30. September von 8—11 Uhr vormittags, und in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März nur von 9—12 Uhr vormittags ausgeübt werden.

2. An den 2. Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertagen ist ein Betrieb nicht gestattet.

3. Während der Betriebsruhe dürfen Kunden auch nicht in ihren Wohnungen bedient werden, dagegen sind Arbeiten im Theater zur Vorbereitung öffentlicher Vorstellungen gestattet.

4. Nach § 146a der R. G. O. wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mk. und im Unvermögensfalle mit Haft bestraft, wer der vorstehenden Anordnung zuwiderhandelt.

5. Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Wiesbaden, den 1. Oktober 1920.

Der Regierungspräsident.

Wird hiermit veröffentlicht.

Geisenheim, den 3. Dezember 1920.

Die Polizeiverwaltung. Stahl.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch auf die Ministerial-Verordnung vom 8. November 1920 betr. Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und -Stilllegungen, im Reichsgesetzblatt Nr. 223/1920 hingewiesen, wonach jeder Inhaber oder Leiter von gewerblichen Betrieben (§ 105b Abs. 1 der Reichsgewerbeordnung) und von Betrieben des Verkehrsgewerbes, in denen in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt werden, verpflichtet sind, der Demobilisationsbehörde Anzeige zu erstatten, bevor sie

1. Betriebsanlagen ganz oder teilweise abbrechen oder bisher zum Betriebe gehörige Sachen in anderer Weise dem Betrieb entziehen, insbesondere veräußern und betriebsunfähig machen, sofern hierdurch die gewerbliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens wesentlich verringert wird. Diese Vorschrift findet auf zum Betriebe gehörige Rechte sinngemäße Anwendung;
2. Betriebsanlagen ganz oder teilweise nicht benutzen, sofern hierdurch

- a) in Betrieben oder selbständigen Betriebsteilen mit in der Regel weniger als 200 Arbeitnehmern zehn Arbeitnehmer,
- b) in Betrieben oder selbständigen Betriebsteilen mit in der Regel mindestens 200 Arbeitnehmern fünf vom Hundert der im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmerzahl, jedenfalls aber wenn mehr als fünfzig Arbeitnehmer

zur Entlassung kommen. Die Anzeigepflicht besteht nicht bei Unterbrechungen und Einschränkungen in der Betriebsführung, die durch die Eigenart des Betriebes bedingt sind.

Geisenheim, den 2. Dezember 1920.

Der Bürgermeister. Stahl.

Bekanntmachung.

Die Kuhhalter werden erneut auf Ziffer 5 der Kreismilchordnung vom 20. Dezember 1917 hingewiesen, wonach dieselben verpflichtet sind, jeden Zu- und Abgang von Kühen, sowie Kälbern unter 6 Wochen innerhalb 48 Stunden dem Gemeindevorstand zu melden. Die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Fleisches ist auf die Milchverordnung ohne Einfluß geblieben, da diese eine für die Erfassung der Milch notwendige Anordnung ist.

Rüdesheim, den 25. November 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Wird veröffentlicht mit dem Hinweis, daß die Anmeldungen im Wirtschaftsamt entgegengenommen werden.

Geisenheim, den 6. Dezember 1920.

Der Magistrat.

Qualitäts-Zigarren

von 65 J bis 183.

Weihnachtspackungen 25 St.

E. Rischblick,

Geisenheim.

Christbäume

Große Auswahl, sind zu

verkauft bei

Franz Rückert

Winterlandstr. 47.

Besuchskarten

liefert schnellstens

Buchdruckerei A. Jander.

Am Mittwoch den 8. d. M.

wird die Konsuma Produktion G. m. b. H. in Magdeburg in der Kolonialwarenhandlung von

Geschwister Gietz, Lindenpl. 2

einen

Kochtag

veranstalten, wobei Kostproben einer aus vorzüglichem Fleischextrakt hergestellten Suppe gratis verabfolgt werden.

Nau & Bollenbach, Bingen

Rathausstraße 15 — Fernsprecher 506

empfehlen alle

Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel

wie Pumpen, Filter, Schläuche, Korken, Kapseln, Kork- und Kapselmaschinen, Fassstalg, Fasskitt, Hausenblase, Gelatine, Spunden, Spundlappen, Fassbleche, Fass- und Flaschenbürsten, Filtriermaterial etc.

A. Kahle, Dentist

Geisenheim, Marktstrasse 27 I, rechts.

Sprechstunden für Zahnleidende

täglich von 9—1 Uhr und von 3—6 Uhr.

Sonntags von 9—12 Uhr.

Bekanntmachung.

Die auf Mittwoch den 8. d. Mts. anberaumte Versteigerung von 2 Rmtr. Reiserknüppelholz fällt aus.

Geisenheim, den 6. Dezember 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß im Laufe der Woche eine Prüfung der Quittungskarten durch einen Beamten der Landesversicherungsanstalt Hessen-Rassau stattfindet.

Die Quittungskarten müssen deshalb zur Einsichtnahme bereitgehalten werden.

Geisenheim, den 7. Dezember 1920.

Die Polizeiverwaltung. Stahl.

Wir bieten unserer Kundschaft für den

Weihnachtbedarf

in allen unseren Abteilungen

ganz außergewöhnliche Vorteile

Wir bringen in

Unterzeugen

Herren-Normalhemden in bewährter, guter Ware. M. 65, 58, 47, 45, 36⁵⁰

Herren-Einfachhemden in solider Qual. u. schönen Einfäßen 61, 58, 54, 46⁰⁰

Herren-Unterhosen in gut. Futter u. Normalqualitäten 48, 33, 29, 16⁵⁰

Damen-Schlupfhosen in vorteilhaften Normalstoffen 35, 33, 26⁵⁰

Mädchen-Reformhosen in guter blauer Trikotware von M. 56.— bis 32⁰⁰

Kinder-Anzüge (Leib und Seel) in solider Futter u. Normalqual. v. M. 45.— bis 13⁵⁰

Damenhemden :: Damen-Unterröcke :: Korsetts

Blusenhemden :: Damen-Westen :: Unterröcke

Gefütterte Kinder-Jäckchen :: Kinder-Leibchen

Lammfell-Mantelchen :: Lammfell-Capes

Warenhaus

Herm. Schmoller & Co.

Inh. Siegmund Franken, Bingen, Markt.

Gesangverein Lieder-kranz.

Donnerstag Abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

Vollständiges und pünktliches Erscheinen erforderlich. Der Dirigent.

Möbl. Zimmer

zu vermieten.

Näheres in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Güßrahm-Butter Güßrahm-Margarine Limburger Käse Süß-Büchlinge Rostmops

Gerüch. Schellfisch

Friedrichsdorfer Zwieback.

Frau Bach, Wwe.

Blaubachstr. 15.

Bruch. Ohne Operation Ohne Heilung Berufshilfe
Habenicht, Spezial-Institut
MAIN Z, Boppstraße 14.
jeden Freitag von 9 bis 1 Uhr.
Broschüre, Prospekt gegen Rückporto.

Keine künstlichen Dünger mehr nötig!

Eine neue umwälzende Erfindung für die Landwirtschaft ist die

„Gohn'sche Dünger-Kultur“

die es jedem Landwirt ermöglicht, seine natürlichen Dünger (Dung, Mist) vollkommen nützlich und kostenlos um das dreifache und mehrfache zu vermehren. Keine Anschaffung von Rohstoffen oder künstlichen Düngemitteln nötig, da jeder Landwirt diese für ihn bisher wertlosen und jetzt zu diesem Verfahren nötigen Rohstoffe in unerschöpflichem Maße für immer in seinem Anwesen vorrätig hat.

Durch die „Gohn'sche Dünger-Kultur“ kann jeder Landwirt seine Einnahmen und seine Ernte mehr als verdoppeln. Deutsches Reichspatent, D. R. G. M. und Auslands-patente in allen Kulturstaaten angemeldet.

Das Recht zur Benutzung dieses wertvollen Verfahrens (Lizenz) nebst allen Einzelheiten, wie: Lizenzurkunde, Verfahren und Anleitung zur Ausführung, wird an jedermann gegen Zahlung einer einmaligen Abfindungssumme von nur 50.— Mark gegen Voreinsendung des Betrages oder Nachnahme oder auf Postcheckkonto 18784 Frankfurt a. Main abgegeben.

Wenn man berücksichtigt, daß es sich hier nicht um ein belehrendes Buch, sondern um das Ausbeutungsrecht einer hervorragenden neuen landwirtschaftlichen Erfindung von unerschöpfbarem Werte handelt, die jeden Landwirt von seiner größten Sorge, der „Düngerfrage“, befreit, so ist der Preis in Anbetracht der Wertlosigkeit unseres Geldes als ein sehr mäßiger zu betrachten.

Wer das Benutzungsrecht dieses Verfahrens (Lizenz) nicht erworben hat und die Ausführung dennoch betreibt, wird nach dem Patentgesetz bis zu 1 Jahr Gefängnis und 50 000.— Mark Geldbuße bestraft und ist schadenerschuldigt.

Landwirte! Nicht! Euch für die Frühjahrszeit und bestellt sofort die „Gohn'sche Dünger-Kultur“, wenn Ihr nicht mit Euren Einnahmen hinter Euren Kollegen zurückbleiben wollt!

Garantie: Sofortige Rückzahlung des Betrages, sofern die hier gebrachte Darstellung den Tatsachen nicht entspricht.

Deutsche Düngemittel-Industrie

Max Gohn, Wiesbaden, Nerotal 14.

Zur Vermittlung von Immobilien-Käufen und -Verkäufen

sowie zur Anfertigung aller Arbeiten in Steuersachen pp. empfiehlt sich

H. Diehl,

Geisenheim, Winkelerlandstr. 53b.

Jeder sein eigener Tischler!

Berl. gratis Prospekt über mein Hauswerkzeug

Haushalt-Tisch-Hobelbank

Paßt a. jed. Tisch. Unw. Onigkeit Leipzig 72, Moltestr. 57.